



Generalsekretariat  
Neuengasse 20  
Postfach 6136  
CH-3001 Bern  
Tel: +41 (0)31 320 35 35  
Fax: +41 (0)31 320 35 00  
E-Mail: weber@fdp.ch  
www.fdp.ch

Sperrfrist: 23. April 2007, 09.30 Uhr  
Es gilt das gesprochene Wort

## Medienkonferenz der FDP Bern – 23. April 2007

# Die gesundheitspolitische Situation im Kanton Zürich

Von Kantonsrätin Doris Fiala (ZH), Präsidentin der FDP Zürich

Auch die FDP des Kantons Zürich wird sich für eine parlamentarische Initiative engagieren. Dazu will sie auf kantonaler Ebene eine Volksinitiative lancieren. Der Kanton soll verpflichtet werden, in Bern eine Standesinitiative einzureichen. Damit schaffen wir den notwendigen Druck der Bevölkerung.

Diesen Druck braucht es, denn wir stehen vor einem Paradox: Kein Land hält die Selbstbestimmung des Bürgers mit der direkten Demokratie derart hoch wie die Schweiz aber immer wenigen Ländern bevormunden ihre Bevölkerung im Spitalbereich so unsere Kantone.

Immer wieder reden wir vom mündigen Patienten. Die Politik fordert Eigenverantwortung und in Umfragen zeigt der Bürger, dass er diese übernehmen will. Aber Verantwortung übernehmen setzt zwei Dinge voraus: Erstens die relevanten Information, um wählen zu können, zweitens das Recht zur Wahl. Im Spitalbereich ist dem Bürger beides verwehrt.

Zuerst zur Qualität: Ob ein Spital qualitativ gut ist oder nicht, weiss ich als Bürgerin nicht. Selbst mein zuweisender Arzt muss sich auf Beziehungen statt Qualitätsfakten verlassen. Als Politikerin glaube ich gerne, dass die Qualität in Schweizer Spitälern generell gut ist. Als Patientin reicht mir aber ein Durchschnittswert nicht. Hier will ich wissen, ob das Spital X, in dem ich operiert werde, eine gute Qualität hat oder nicht. Hier ist für mich relevant, ob die Sterberate bei Schlaganfall, die Reoperationsrate bei Hüftgelenkoperationen oder Risiko eines Spitalinfekts hoch oder tief ist. Diese Informationen sind im Ausland oft selbstverständlich. Dort zeigt die Information vielfach grosse Qualitätsunterschiede. Hier in der Schweiz wird mir diese Information mit fadenscheinigen, technokratischen Argumenten verwehrt. So verweigern in Zürich die Spitäler die Veröffentlichung der medizinischen Qualität, wie sie vom Verein Outcome bereits heute gemessen wird.

Damit zweitens zur Wahlfreiheit: Bin ich über die Qualität von Spitälern informiert, will ich als Patientin auch wählen können. Bei meiner Wahl ist es wenig wichtig, ob das Spital in meinem Kanton oder 10 km weiter im Nachbarkanton liegt, ob es privat oder öffentlich geführt wird – wichtig ist die Qualität.

Politiker und Stimmbürger haben somit eine Wahl zu treffen: Wen wollen wir schützen – die Planungsmacht der Gesundheitsdirektoren und ihrer Verwaltung oder die Interessen der Patienten bzw. Prämien und Steuerzahler? Die FDP des Kantons Zürich schlägt sich klar auf die Seite der Patientinnen und Patienten bzw. der Prämien- und Steuerzahler.



Gerade für Zürich hat dieser Ansatz auch eine volkswirtschaftliche Komponente: Die Spitäler im Kanton erwirtschaften einen Umsatz von 3 Mia. Fr. Alleine in der Stadt Zürich verfügen wir über 10 öffentliche und private Spitäler mit über 2600 Betten. Hier besteht ein Cluster von im Wettbewerb stehenden Spitälern. Überkapazitäten sind hier nicht durch Bürokratieentscheide zu fällen. Genau dies ist bei der Streichung der Wirbelsäulenchirurgie am Spital Sanitas geschehen, und das Verwaltungsgericht hat den Entscheid bereits kritisiert. Stattdessen sollen all jene Spitäler ihre Leistungen den Allgemeinversicherten anbieten dürfen, die bei der medizinischen Qualität und der Kosteneffizienz führend sind.

Damit stärken wir auch die Schweiz als Gesundheitsmarkt. So fordert der kantonale Wirtschaftsförderer Stephan Kux die bessere Vermarktung des guten Rufes des Zürcher Gesundheitswesens und ähnliche Absichten hat die Schweizer Exportförderung der OSEC. Eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen USZ, Privatkliniken, Banken und Tourismusorganisationen würde den Spitalplatz klar aufwerten. Nur ein Beispiel: Jährlich lassen sich 50'000 Engländer im Ausland behandeln – warum nicht in der Schweiz?

Kurz: Notwendig ist ein Wechsel der Perspektive. Weg von der trägen Bauchnabelschau auf das eigene Spital hin zum Patienten. Und was dieser will ist klar: Qualität und Wahlfreiheit. Nach dem klaren Resultat zur Einheitskasse gilt es nun diese Forderungen umzusetzen. Dazu gilt es in Bern den Druck zu erhöhen. Der Ständerat soll die vom Nationalrat beschlossene Reform verbessern statt verwässern. Unsere Forderungen finden sich in den Parteiprogrammen fast aller Parteien. Wir laden in Zürich deshalb alle Parteien sowie die Patienten-, Konsumentinnen-, Ärzte- und Pflegeorganisationen ein, zusammen mit uns hier am gleichen Strick zu ziehen. Damit erhält der Patient Selbständigkeit und die Politik im Bereich des Gesundheitswesens Glaubwürdigkeit